

Krasse Lausitz – geht es bergab?

In schöner Regelmäßigkeit werden das Bahnwerk Cottbus und das Universitätsklinikum Carl Thiem als bedeutende Investitionen innerhalb des Strukturwandels gefeiert. Beide Projekte sind gut für die Lausitz. Sie wurden staatlich entschieden, sind nicht dem Markt ausgesetzt und sichern viele Arbeitsplätze. Wie Monstranzen trägt man diese Investitionen vor sich her, während im Windschatten viele bestehende Unternehmen um das Überleben kämpfen. Firmenpleiten nehmen sprunghaft zu, viele kämpfen schlicht um die Existenz.

Die Liste ist lang, sie reicht vom Auto-Zulieferer Antolin in Finsterwalde über die Eisenhütte Ortrand zur Kunstgießerei Lauchhammer. Die Aufzählung ist längst nicht abschließend. Blickt man etwas weiter in die sächsische Lausitz, sieht man das Aus des letzten deutschen Güterwaggon-Produzenten in Niesky (gegründet 1835). Der Waggonbau in Görlitz (gegründet 1828) wird vermutlich 2025 seinen Betrieb einstellen. Insbesondere die Lausitzer Glasindustrie ist der aktuelle Verlierer der verfehlten deutschen Energiewende und des Strukturwandels. Da nach Atom- und Kohleausstieg immer mehr Gas verstromt werden muss, das Gasangebot aber durch selbst verhängte Sanktionen eingeschränkt wurde, steigen die Gaspreise auf ein Niveau, das die Wettbewerbsfähigkeit der Glashersteller zunichte macht,

Das Glaswerk Drebkau (1908 gegründet) steht vor dem Aus, das Solarglaswerk Tschernitz als einziger Solarglasersteller Europas ist akut bedroht, das Glaswerk Stölzle in Weißwasser (1889 gegründet) steht enorm unter Druck. Gemeinsam ist diesen nun gescheiterten traditionsreichen Firmen, dass sie die Kaiserzeit, zwei Weltkriege, Nazis, Kommunisten, Verstaatlichung und Reprivatisierung überlebt haben, nicht aber die Kanzlerschaften Merkel und Scholz.

Die Krise der Lausitzer Glasindustrie veranlasste Spree-Neisse-Landrat Harald Altekrüger, zum wiederholten Mal einen Brandbrief unter anderem an Lausitzer Bundestags- und Landtagsabgeordnete zu schreiben. Ob er diesmal eine Antwort bekommt? Warum ist dieser Brief überhaupt nötig? Fehlen den Lausitzer Abgeordneten Informationen?

Was tun die teils direkt gewählten Abgeordneten in Land- und Bundestag für einen erfolgreichen Strukturwandel in der Lausitz, der nicht nur aus Neuansiedlungen bestehen kann, sondern vor allem aus dem Weiterbetrieb bestehender Firmen? Warum sind sie in ihren Landtags- und Bundestagsfraktionen nicht hörbar? Wollen oder können sie sich dort nicht durchsetzen, versuchen sie es überhaupt? Stellen sie den Fraktionszwang über die Interessen der Lausitz? Oder nimmt sie der Kampf gegen die AfD so in Anspruch, dass keine Kapazität mehr bleibt, sich um den Strukturwandel zu kümmern?

Der Atomausstieg wurde vor 14 Jahren beschlossen, der Kohleausstieg vor 5 Jahren. Aus heutiger Sicht waren beide Entscheidungen falsch, denn gleichzeitige Entscheidungen zu Bau und Inbetriebnahme alternativer gesicherter Kapazitäten, damit ist nicht der Strom aus den Zufallserzeugern Wind und Sonne gemeint, wurden nicht getroffen. Aktuell kann es nur darum gehen, das Abschalten zu beenden. Der vorgezogene und gesetzlich verankerte Kohleausstieg 2030 in NRW ist bereits wegen fehlender Ersatzkapazitäten gescheitert.

Die Wärmeversorgung Sprembergs ist ab 2026 nicht mehr gesichert, in Cottbus ab 2029 mit Fragezeichen versehen. Stattdessen feiert man ein „Net Zero Valley“, das praktische Vorteile nicht erkennen lässt. EU-Kommissar und Multimillionär Thierry Breton, der für die Verleihung dieses Titels gefeiert wurde, ist inzwischen nicht mehr EU-Kommissar, sondern Berater der Bank of America.

Kräfte bündeln statt Kosmetik

Offenbar haben auch die Funktionäre von IHK und HWK die Realitäten noch nicht erfasst. Wenn der brandenburgische Wirtschaftsminister Daniel Keller den Strukturwandel weg von der Kohle auf gutem Weg sieht, kennt er die Insolvenzzahlen im Land offenbar nicht und auch nicht die ungelösten Fragen der Energieversorgung. Ihn darüber aufzuklären wäre Aufgabe der Kammern. Sicher, einen Minister, frisch im Amt, verschreckt man nicht. Man sollte ihm aber auf einem Neujahrsempfang kein falsches Bild vorgaukeln und mehr Forderungen stellen als die übliche, nie zum Erfolg führende nach Bürokratieabbau.

Ausnahmslos alle Regierungen seit 1990 hatten sich einen Bürokratieabbau auf die Fahnen geschrieben. Ergebnis Stand heute ist ein „Viertes Bürokratieentlastungsgesetz“ mit 74 Artikeln (Paragrafen). Herr Keller will einen „Sonderausschuss für Bürokratieabbau“ einrichten. Das ist Bürokratieauf- statt – abbau. Bürokratieabbau ist tägliches Geschäft und eben nicht die Schaffung neuer Gesetze und Gremien.

Die Hoffnung, es könne schnell Abhilfe gegen die wirtschaftliche Misere geschaffen werden, hat keine Grundlage. Wir leben in einem Land, in dem nichts schnell geht, mit Ausnahme des wirtschaftlichen Abstiegs. Staatlich induzierte Projekte wie der Flughafen BER (14 statt 6 Jahre Bauzeit), der Hauptbahnhof in Stuttgart (vermutlich 15 statt 9 Jahre) und das Schiffshebewerk Niederfinow (14 statt 7 Jahre) sollten gelehrt haben, das politisch vorgegeben Zielzahlen eben Wunschzahlen sind, die mit den Realitäten nicht viel zu tun haben.

Wir werden mit Sicherheit 2030 noch keinen grünen Wasserstoff haben und das Oberziel der Dekarbonisierung 2045 stellt sich bei nüchterner Betrachtung als illusorisch heraus. 20 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs werden heute durch die „Erneuerbaren“ bestritten. Dieser Anteil wurde in 35 Jahren Energiewende aufgebaut. Schon 2045, also in nur 20 Jahren, soll der Sprung von 20 auf 100 Prozent gelingen. Das ist Science Fiction.

Für einen erfolgreichen Wandel muss eine neue Bundesregierung, in welcher Farbkombination auch immer, energisch den Kurs wechseln. Weg von der Abschaltpolitik zum Umbau zu einem sicheren Energiesystem, auch wenn alte Zöpfe abgeschnitten werden müssen. Atom- und Kohleausstieg haben weder der Wirtschaft noch „dem Klima“ geholfen, nur einigen ausgewählten Gewinnerbranchen wie der seit 1991 subventionierten Windindustrie, die inzwischen aber selbst in Deutschland – siehe Lauchhammer – nicht mehr wettbewerbsfähig ist..

Das deutsche BIP ist 2024 ein zweites Mal in Folge geschrumpft, die OECD prognostiziert das niedrigste Wachstum aller Mitgliedsstaaten. Grundlage allen Wirtschaftens ist ausreichende und preiswerte Energie. Maßgebliche Ursache unseres wirtschaftlichen Niedergangs ist die gezielte Verknappung und Verteuerung von Energie. Und nein, Putin ist nicht universalschuldig. Er verlangte von uns weder den Atom-, noch den Kohleausstieg und er verhindert auch nicht, dass wir eigene Gasvorräte besser nutzen.

Herr Keller als neuer Wirtschaftsminister in Brandenburg wäre gut beraten, ehrlich und umfassend zu analysieren, warum deutsche Unternehmen im internationalen Maßstab ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren und oft ihre Standorte ins Ausland verlagern. Warum schwappt eine Insolvenzwellen über die Lausitz? Warum wird kein Gegengewicht geschaffen zu offensichtlich falschen bundespolitischen Entscheidungen?

Eine Forderung nach einem Stopp von Kraftwerksabschaltungen und sofortiger Änderung der wirtschaftspolitischen Vorgehensweise der Bundesregierung, gemeinsam vorgetragen von Abgeordneten der Region, Kommunalpolitikern, Lausitzrunde, Gewerkschaften sowie Kammern und Verbänden, abgestimmt mit den sächsischen Vertretern, könnte in Berlin Wirkung entfalten. Ziel muss die Rückkehr zur sozialen Marktwirtschaft sein anstelle einer um sich greifenden grünökologischen Planwirtschaft unter dem Vorwand des Klimaschutzes.

Nichthandeln birgt die Gefahr, dass aus dem „Net Zero Valley“ ein „Zero Valley“ wird.

Ein Beitrag der Mittelstandsinitiative Brandenburg